



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

erschreckend sind die Bilder aus dem Süden von Somalia, in dem infolge einer lang anhaltenden Dürre und eines Bürgerkrieges Millionen Menschen hungern. Seit kurzer Zeit haben UN-Hilfskonvois wieder Zugang zu dem Gebiet. Die Friedenstruppen der Afrikanischen Union liefern sich schwere Kämpfe mit den islamistischen Al-Shabaab-Milizen, die internationale Hilfsorganisationen bislang gewaltsam an ihrer Arbeit gehindert haben.

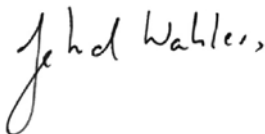
Somalia hat seit 1991 keine funktionierende Zentralregierung. Die Bevölkerung leidet unter einem blutigen Bürgerkrieg und immer wiederkehrenden Hungerkatastrophen. Al-Shabaab hat weite Teile des Landes unter seine Kontrolle gebracht und terrorisiert die Menschen mit einem streng an der Sharia ausgerichteten Regime. Ihren Nachwuchs rekrutieren die Islamisten aus der hoffnungslosen Jugend des Landes. Doch das eng mit Al-Qaida verwobene Terrornetzwerk verfolgt in den vergangenen Jahren eine zunehmend globale Strategie: Auch in westlichen Ländern wirbt Al-Shabaab unter jungen Muslimen für den bewaffneten Djihaad – oft erfolgreich, wie der Beitrag von Dirk Baehr in dieser Ausgabe beschreibt.

Hier zeigt sich, dass die verfahrenere Situation in Somalia auch uns betrifft. Immer öfter bedeuten weit entfernte Bürgerkriege und innerstaatliche Konflikte Gefährdungen für die Sicherheitslage in Deutschland. Immer wieder besteht die Gefahr, dass von schwachen oder gar gescheiterten Staaten, und davon muss man im Fall von Somalia sprechen, Instabilität und Terror auf andere Teile der Welt ausstrahlen. Terrorabwehr kann deshalb nicht mehr nur „passiv“ im Rahmen von Landes- oder Bündnisverteidigung gelingen. Sie erfolgt zu Recht zunehmend „aktiv“ im Rahmen von Auslands- und Antiterrorereinsätzen, die von entwicklungspolitischen Maßnahmen begleitet werden. Ziel muss es sein, Staaten in die Lage zu versetzen, wieder selbst für ihre innere Sicherheit zu sorgen. Neben der Ausbildung und Unterstützung von Polizei und Militär bedarf es dazu der Förderung von zivilem Engagement. Denn

Sicherheit und Entwicklung bedingen einander. Wissend um diesen Zusammenhang, baut das Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung derzeit seine Zusammenarbeit mit der Intergovernmental Authority on Democracy (IGAD) aus, dem Staatenverband am Horn von Afrika, dem auch Somalia angehört. Künftig soll Somalia in Trainingsmodule für civil servants der IGAD-Länder eingebunden werden.

Auf die Veränderungen im strategischen Sicherheitsumfeld weist auch Verteidigungsminister Thomas de Maizière in den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai dieses Jahres hin. Die Bundeswehr kann jedoch nur einen Teil der Aufgaben übernehmen. Im Sinne einer „Zivil-militärischen Zusammenarbeit“ muss es darum gehen, vor dem Hintergrund finanzieller Beschränkungen und politischer Unwägbarkeiten zu einer möglichst effizienten Koordination aller am Auslandseinsatz beteiligten Kräfte zu gelangen. Dabei darf der Westen sein Blickfeld nicht verengen: Bei meinem Besuch in Zentralafrika im Juni zeigten sich meine Gesprächspartner wegen des verheerenden Wirkens von Al-Shabaab in Somalia tief besorgt. Erst durch die Hungerkatastrophe sind die islamistischen Milizen jedoch in den Fokus internationaler Aufmerksamkeit gerückt.

Im Interesse der Somalier sollten die Hilfen, die der Westen jetzt leistet, dazu genutzt werden, mit dem gemäßigten, nicht-internationalistischen Flügel der Al-Shabaab ins Gespräch zu kommen. Denn ein Militäreinsatz allein würde die Probleme in Somalia nicht lösen. Die Piraterie vor den Küsten und der Terror auf dem Festland müssen durch entwicklungspolitische Maßnahmen bekämpft werden. Hier geht es darum, mit denjenigen in Kontakt zu treten, die den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit überhaupt als Gesprächspartner zur Verfügung stehen.



Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de